

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Herrn Dr. A. Auer  
Verlags-Gesellschaft m. b. H.  
Auer, Erzgebirge  
Karlshausen  
Telephon Nr. 42.

Bezugspreise: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 6.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.50 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenspalten der Zeitungsstelle oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtsige Anzeigen 50 Pfg., Kettenspalts 3.— Mark. Bei größeren Aufträgen auf besondere Rabatt Angelegenheiten bis 1000 Pfg., über norm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Ausgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 114.

Donnerstag, den 19. Mai 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett hat sich gestern neben laufenden Angelegenheiten auch mit Personalfragen beschäftigt. Die Beratungen wurden noch nicht abgeschlossen.

Das Reichskabinett beschloß die Ausdehnung der Entwaffnungsaktion auf Bayern. Dem Reichskommissar für die Entwaffnung wurden Vollmachten für die Entwaffnungsaktion in Bayern erteilt.

Man meldet über Paris, daß das englische Kabinett einstimmig die Erklärung Lloyd Georges in der obereschlesischen Frage gebilligt hat.

Aus London wird berichtet, daß die Entscheidung über Obereschlesien gegebenenfalls dem Völkerbund überlassen wird.

In Wien beginnen in nächster Woche die wichtigen Verhandlungen über die westungarische Frage.

## Noch keine Ergänzung des Kabinetts Wirth.

Die Vervollständigung des Kabinetts Wirth ist noch nicht erfolgt. Das Außenministerium, das Finanzministerium, sowie das Ministerium für Wiederaufbau, sind noch unbesetzt, doch haben Vorschläge, welche Reichskanzler Wirth in den letzten Tagen mit führenden Persönlichkeiten gepflogen hat, die Verhandlungen so weit gefördert, daß mit neuen bevorstehenden Entscheidungen gerechnet werden darf. Für das Außenministerium ist eine Persönlichkeit in Aussicht genommen, die sich vorläufig noch Bedenken vorbehalten hat. Da das Schwergewicht des Kabinetts sich wesentlich nach der finanziellen und wirtschaftlichen Seite verschoben hat, dürften die Hauptaufgaben des neuen Außenministers sein, für einen ruhigen Gang der außenpolitischen Geschäfte, für die Aufrechterhaltung korrekter Beziehungen zu den anderen Großmächten und für die Vermeidung von Konfliktsstoffen zu sorgen. Von außenpolitischer Bedeutung wird die gerechte Durchführung der Entwaffnung sein und im Zusammenhang damit die Haltung der süddeutschen Staaten, namentlich Bayerns. Die Unstimmigkeiten zwischen Berlin und München haben der Reichsregierung erhebliche außenpolitische Schwierigkeiten bereitet und es wird dem neuen Außenminister vorbehalten sein, ein vertrauensvolles Verhältnis mit den süddeutschen Ländern zu schaffen und zu erhalten.

Noch vor der Ernennung des neuen Ministers des Auswärtigen dürften aber, wie verlautet, personelle Veränderungen innerhalb des Auswärtigen Amtes erfolgen, bei denen auf die Wünsche mehrerer höherer Beamten, wieder im Auslande Verwendung zu finden, Bedacht genommen werden soll. Man glaubt zu wissen, daß Staatssekretär v. Daniel für einen Vorkämpferposten in Aussicht genommen ist. Der gegenwärtige deutsche Vorkämpfer in London Schamer soll amtsinnde sein. An seine Stelle dürfte Staatssekretär v. Daniel nach London gehen. Auch der zweite Sekretär im Auswärtigen Amt Boyen wird seinem Wunsch gemäß einen Auslandsposten erhalten. An seine Stelle soll der gegenwärtige bayerische Handelsminister Dr. Hamm treten oder Geheimrat Mars, der durch seine geschickte Führung der Verhandlungen in Ernennungsfragen bekannt geworden ist. Eine wichtige Veränderung soll auch in der Reichskanzlei bevorstehen. Staatssekretär Albert, der Chef der Reichskanzlei, soll dem Reichskanzler sein Rücktrittsgesuch überreicht haben. Ueber die Nachfolgerschaft in dieser Stellung ist aber noch nichts bekannt.

### Dr. Hamm — Reichsfinanzminister?

Der bayerische Handelsminister Dr. Hamm, der der demokratischen Reichstagsfraktion angehört, ist in Berlin eingetroffen und hat mit dem Reichskanzler Dr. Wirth und einigen Parteiführern Besprechungen gehabt. Dr. Hamm hat seine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, den Posten des Reichsfinanzministers anzunehmen, da die Ausführung der Bestimmungen des Ultimatums lebenswichtige bayerische Fragen berührt und er der Ueberzeugung ist, daß er als Reichsminister dem Interesse Deutschlands ebenso wie dem Interesse Bayerns wird dienen können.

### Das Programm des Kabinetts Wirth.

Wie verlautet, wird der neue Reichskanzler am 31. Mai in der ersten Reichstagsitzung nach den Pfingstferien ein Programmrede halten, in der er dem Reichstage auch Mitteilungen machen wird über die Art der Erfüllung der deutschen Reparationspflichten gegenüber der Entente. Die Reichsregierung arbeitet augenblicklich an einem großen Reparationsplan, über den bereits in den nächsten Tagen Mitteilungen der Öffentlichkeit übergeben werden sollen. Die uns auferlegten ersten Zahlungsfristen werden strikt innegehalten werden. In seiner Programmrede wird sich Reichskanzler Dr. Wirth auch ausführlich über das obereschlesische Problem äußern, das bis dahin gelöst sein wird. Die Reichsregierung dringt auf eine beschleunigte Lösung der obereschlesischen Frage, die we-

gen der Unsicherheit in der Kohlenlieferung bereits beginnt, für Deutschland und seine übernommenen Kohlenlieferungen katastrophal zu wirken.

### Zur Regierungsbildung in Preußen

verlautet aus guter Quelle, daß die bürgerlichen Parteien eine Wiederherstellung des alten Kabinetts keineswegs dulden werden und die Deutsche Volkspartei bei einer Umbildung ihrerseits neue Forderungen stellen wird und auf eine Beteiligung an der Regierung Wert legt. Ministerpräsident Stegerwald will Ende Mai mit den Parteien verhandeln und eine Neuwahl des Ministerpräsidenten in Anregung bringen.

## Bayern entwaffnet.

Dr. Einer der Hauptpunkte der sechsen überreichten Ausführungsnote des Generals Rollet zum Ultimatum, soweit dieses die Entwaffnung betrifft, handelt von der Waffenablieferung der deutschen Selbstschutzorganisationen und natürlich in der Hauptsache der bairischen. Der 30. Juni wird nunmehr als der endgültig letzte Termin festgesetzt, bis zu dem sämtliche angemeldeten Waffen abzuliefern sind. Am 30. Juni werden also die bairischen Einwohnerwehren aufgelöst sein und der Bergangeneit angehören, und damit werden wir eine Streitfrage hinter uns haben, die verschiedentlich den Anschein gewonnen, als ob durch sie der weitere Bestand des Reiches in Frage gestellt würde. Aus dem ganzen übrigen Reich forderte man bei jeder Erneuerung des Ententeberlangens auf Entwaffnung, daß Bayern auf seinen Selbstschutz verzichten solle und in Bayern nahm man diese Aufforderung abel und es schallte lauter aus dem Walde heraus, als es hinein geschallt hatte. Berief sich am Ende, daß es im Bayernlande gewisse Kreise gab, die mit dem Völk in Frankreich und die Münchner französische Mission landesverräterische Sonderbeichten hatten, und denen mit dem Hin und Her von Gründen und Gegengründen natürlich weidlich gedient war. Aus dieser Gegend stammten denn auch die verletzten Andeutungen über die Reichsverdrossenheit Bayerns und die Abtrennungsbewegung, wodurch die Stimmung im übrigen Deutschland immer weiter verschlechtert wurde. In Preußen, Baden, Württemberg wollte und konnte man nicht zugeben, daß die Republik in Bayern eines Tages von neuem von links her bedroht werden könne, was von der Regierung Rahr immer wieder betont wurde, und in Bayern wiederum konnte und wollte man nicht verstehen, daß man jenseits der bairischen Grenzen ein Sonderverrecht Bayerns nicht anerkennen wollte. All das ist nunmehr aber durch die deutsche Unterschrift unter das Ultimatum erledigt, und obgleich von rechtsstehender Seite in Bayern wie im Reiches anscheinend letzte Versuche angestellt werden, um Bayern zum weiteren Durchhalten anzuregen, kann man erfreulicherweise die Erwartung hegen, daß die Entwaffnung der bairischen Selbstschutzorganisationen bis zu dem angegebenen Zeitpunkt erfolgen wird. Hat doch selbst der ungekrönte König von Bayern, der Bauernführer Dr. Heim, sich in diesem Sinne in der Unterzeichnungsnote im Reichstag vernehmen lassen. Es wird sich erweisen, daß im letzten Grunde die Entwaffnungsfrage für Bayern und das Reich immer mehr ein Problem technischer Art gewesen ist, abgesehen es manchmal nicht diesen Anschein hatte, und am Ende wird sich auch hier wieder zeigen, daß der Reichsgedanke durch alle Widerstände nur immer weiter gestärkt wird.

## Korfantys neuester Schachzug.

Dr. Bei der Bewertung des Korfanty-Telegramms, in dem er seinen Rücktritt ankündigt, ist mehrfach ein Optimismus zutage getreten, der, wie dem Auer Tageblatt geschrieben wird, keinerlei Berechtigung hat. Es ist verkehrt anzunehmen, daß nunmehr die Liquidation des obereschlesischen Aufruhrs erfolgen würde, und es besteht auch kein Grund zu der Annahme, daß Korfanty durch Warschau oder durch die Rede Lloyd Georges zu seinem Schritt beeinflusst worden ist. Viel näher liegt vielmehr die Vermutung, daß gewisse gute Freunde in Oppeln ihm diesen Schritt angeraten haben, und wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß General Berond selbst keine Hand mit in diesem Spiele hat. Es ist doch nicht bestritten worden und es kann nicht bestritten werden, daß der französische Militärbesehlshaber General de Vranes in den letzten Tagen wiederholt mit den Aufständischen verhandelt hat. Auf diesem Wege wird wahrscheinlich dann die französische Anregung zu Korfanty gebrungen sein. Korfanty will keineswegs das ganze Aufstandsgebiet räumen, sondern nur ein Gebiet, das, wie es in dem Telegramm ausdrücklich heißt, groß genug ist, um zu sichern, daß die Feindseligkeit mit den Deutschen sofort aufhöre. Das bedeutet also, daß Korfanty nichts anderes will als Verhandlungen mit der interalliierten Kommission, um zur Festlegung einer Demarkationslinie zu kommen. Dabei ist ja ganz gleichgültig, ob diese Linie drei, vier oder fünf Kilometer hinter der jetzt gehaltenen Linie liegt. Im eigentlichen Aufstandsgebiet will Korfanty nach wie vor seine Macht befestigen und aufbauen. Korfanty will aber noch mehr. Er hängt sich jetzt ein erisches Mantelchen um-

er will aus dem eigenen Unrecht heraus und will die deutschen Verteidiger heimatischen Bodens in Unrecht setzen. Von den französischen Truppen, die die sogenannte neutrale Zone besetzen sollen, hat er, das haben ja die Ereignisse hinlänglich gezeigt, nichts zu befürchten. Er hofft aber, daß es zu Konflikten zwischen diesen Truppen und dem deutschen Selbstschutz kommen wird, da der Selbstschutz ein berechtigtes Mißtrauen gegenüber den französischen Truppen zeigen wird, die bisher obereschlesischen Boden gegen die Polen nicht verteidigt haben und von denen nicht anzunehmen ist, daß sie das in Zukunft tun werden. Da die Anregung zu dem Telegramm offenbar von der interalliierten Kommission selbst gekommen ist, so besteht auch die berechnete Befürchtung, daß diese sich nunmehr zu Verhandlungen mit Korfanty bereit erklären dürfte. Solche Verhandlungen würden aber eine Anerkennung des bestehenden Zustandes bedeuten. Dagegen müssen wir aufs allerhöchste Front machen, denn dann würde zu dem tatsächlichen Bankrott der interalliierten Kommission auch noch eine rechtliche Bankrotterklärung treten. Es besteht also aller Grund, den weiteren Verlauf der Dinge mit dem größten Ernst zu betrachten, denn allem Anschein nach wird ein Abschluß dieser Verhandlungen die Einigung darstellen, die Frankreich erstrebt, und die dann auf unsere Kosten, auf Kosten Oberschlesiens, zustande kommen soll.

### Korfantys Appell an Lloyd George.

#### Ein Telegramm Korfantys.

Morning Post veröffentlicht ein langes Telegramm, das Korfanty an Lloyd George in Erwiderung auf dessen Unterhausrede über Oberschlesien gerichtet hat. Korfanty erklärt darin, er habe durch seine Unternehmung die Anarchie und den Bürgerkrieg in Oberschlesien verhindert. (1) Weiter heißt es in dem Telegramm: Gewisse englische wie auch französische Kreise könnten Ihnen sagen, daß ich in Berlin während des großen Krieges mein Leben auf Spiel setzte (1), um selbstlos der Sache Englands und Frankreichs zu dienen. Korfanty appelliert zum Schluß an das Gerechtigkeitsgefühl Lloyd Georges und seine Ehe als Engländer und fordert einen gerechten Urteilspruch, der auf den Vertrag von Versailles gegründet sei.

#### Korfanty kompromittiert die Alliierten.

In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des Daily Express erklärte Korfanty: Wenn die Alliierten den polnischen Standpunkt nicht einmühen, so würde er Oberschlesien verlassen. Die Alliierten würden dann aber für die folgenden Ereignisse verantwortlich sein. Wenn er gehe, werde in Oberschlesien das Chaos herrschen (?). Korfanty erklärte, gegenüber Polen sei nichts aus reiner Liebe geschehen. Dies sei besonders wahr im Hinblick auf Großbritannien, dessen Haltung gegenüber Polen durch politische Notwendigkeiten bedingt sei.

#### Die polnische Regierung läßt Korfanty fallen.

Der polnische Ministerrat beratschlagt zurzeit über die Stellungnahme der Regierung zur obereschlesischen Frage, besonders zur jüngsten Rede Lloyd Georges. Das Resultat dieser Beratungen wird eine Erklärung des Premierministers Witos sein, die dieser in der heutigen Landtagsitzung abgeben wird. Soweit bis jetzt feststeht, wird Witos sich nicht mit einer kurzen Erklärung begnügen, sondern Lloyd Georges Ausführungen Punkt für Punkt beantworten. Man glaubt, annehmen zu können, daß die Regierungserklärung bei aller Wahrung der polnischen Behauptung, daß Oberschlesien ursprünglich polnisch gewesen und dies zum größten Teil auch geblieben sei, nicht nur entschieden jede Kenntnis der polnischen Regierung von dem sich vorbereitenden Aufstande verneinen, sondern auch in unzweideutiger Weise von Korfanty abrücken werde.

### Lloyd George über Oberschlesien.

Lloyd George erklärte: Seine Rede vom 13. d. M. sei von der öffentlichen Meinung der alliierten Länder einstimmig gebilligt worden. Großbritannien werde der von der Mehrheit der Mächte, die zur Festlegung der schlesischen Grenze berechtigt seien, getroffenen Entscheidung sich getreulich anschließen, wie auch immer der Spruch ausfallen möge. Wir nehmen, sagte er, das Recht voll an als Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung Oberschlesiens.

#### Das Fair Play Englands.

Neuterbüro erzählt: Die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Aufstande in Oberschlesien sei festhalten an ihrem Fair Play gegen Polen, sowie gegen Deutschland, eine Haltung, die sich auf den Versailles Vertrag stützt. Großbritannien beabsichtige, loyal seine Verpflichtungen auszuführen, könne aber keinen Versuch dulden, der Entscheidung des Obersten Rates durch Schaffung eines fait accompli vorzugreifen. Der britische Standpunkt zur Frage einer Teilung Oberschlesiens sei vollständige Unparteilichkeit. Die Haltung der deutschen Regierung werde als völlig korrekt angesehen. Aber das historische Verhalten der Polen, die es unterließen, die Grenze zu Beginn des Aufstandes zu schließen, wird als durchaus unbefriedigend angesehen.

#### Propaganda für den unabhängigen Staat Oberschlesien.

Der diplomatische Mitarbeiter der Daily News schreibt, es herrsche allgemein Uebereinstimmung darüber, daß der obereschlesische Industriebezirk nicht ohne ernste wirtschaftliche Gefahren geteilt werden könne. Es sei jedoch äußerst unwahr-

Scheinlich, daß eine Entscheidung bezüglich der Provinz als Ganzes gefällt wird. Mit diesen Erörterungen bezweckt die englische Presse nur, Propaganda für ein den unabhängigen Staat Oberschlesien vorliegendes Kompromiß zu treiben.)

Zur Lage in Oberschlesien.

In den Kreisen Plesch und Rybnik sind die Wahnheiten von den Insurgenten besetzt. Auf den Bahnhöfen weht die polnische Flagge; die Eisenbahnbeamten müssen den polnischen Wägen an der Mähe tragen. Der Betrieb wird scharfplanmäßig aufrecht erhalten von Dwa... Wegen des Terrors in den Bezirken Rybnik und Plesch wird diese Verkehrsmöglichkeit von den Deutschen nicht benutzt. Im Grubenbezirk von Rybnik herrscht unter den deutschen Beamten größte Erregung; sie werden gezwungen, sich ständlich beim Ortskommandeur zu melden. Derselben Vorschrift unterstehen die Lehrer. Auf der Station Soslau wurde ein Zug mit 600 Deutschen angehalten; sie wurden herausgeholt und in ein Internierlager geführt. Die Stadt Rybnik ist von den Insurgenten frei, aber streng abgesperrt, so daß es nicht möglich ist, in die Stadt zu gelangen. In Charlottengrube sind sämtliche Verwaltungsstellen in polnischer Hand. Von hier aus gehen nach wie vor Verstärkungen zur Kampfzone bei Mendzob.

Der Kapitalverschiebungsprozeß gegen den Prinzen Eitel Friedrich.

Der erste der gegen Mitglieder des Hauses Hohenzollern angestrebten Kapitalverschiebungsprozesse kam gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin zur Verhandlung. Angeklagter war Prinz Eitel Friedrich, der beschuldigt wurde, Handlungen begangen zu haben, die der von den damaligen Volksbeauftragten Ebert und Haase am 21. November 1918 erlassenen Verordnung zuwiderlaufen. Durch jene Verordnung sollte verhindert werden, daß Vermögenswerte ohne Kenntnis der Steuerbehörden nach dem Auslande verbracht würden. Prinz Eitel Friedrich soll gegen diese Bestimmungen verstoßen haben, indem er dem Bankhause Gruser, Philippson u. Komp. in der Poststraße 370 000 Mark in Wertpapieren und 2000 holländische Gulden übergab, damit der Bankier Gruser die Summe auf seinen Namen durch ein deutsches Bankhaus nach Holland überweise. Der Beschuldigte hat im Vorverfahren die ihm vorgeworfene Tat nicht in Abrede gestellt, jedoch darauf hingewiesen, daß ihm zu der kritischen Zeit der legale Weg zu einer derartigen Transaktion abgeschnitten war. Denn es hätten damals Pläne bestanden, auch das Privatvermögen der Mitglieder des königlichen Hauses zu beschlagnahmen. Im Hinblick darauf stellten seine Handlungen einen Akt der Selbsthilfe dar, da er, der Beschuldigte, mittellos gewesen sei und für die Existenz seiner Familie habe sorgen müssen.

Zu dem Strafmaß führte der Staatsanwalt aus, es könne selbstverständlich gegen den Angeklagten nur eine Geldstrafe in Frage kommen, jedoch dürfe diese nicht zu gering sein. Es müßten die Stellung und die Vermögensverhältnisse des Angeklagten in Betracht gezogen werden. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß dem Angeklagten erhebliche Milderungsgründe zur Seite ständen. Er konnte mit der Möglichkeit eines neuen Umsturzes rechnen, der radikalere Parteien aus Minderbrachte, die nachher vorgingen, ohne sich an die Gesetze zu halten. Er beantragte daher gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 15 000 Mark, im Nichtbeitragsfalle für je 15 Mark einen Tag Gefängnis. Außerdem beantragte er, die hinterzogene Summe als dem Reiche verfallen zu erklären. Die beiden Verteidiger des Angeklagten bekämpften die Rechtsgültigkeit der Verordnung der Volksbeauftragten. Diese Verordnung sei nicht legalisiert worden, infolgedessen unanständig. Die

Strafkammer verurteilte schließlich den Angeklagten nach längerer Beratung wegen Vergehens gegen §§ 1 und 6 der genannten Verordnung und wegen Vergehens gegen §§ 1 und 15 des Kapitalfluchtgesetzes zu 5 000 Mark Geldstrafe. Es wurde anerkannt, daß Prinz Eitel Friedrich nicht aus ehrenrührigem oder gewinnstüchlichem Antriebe gehandelt habe. Er habe sich nur gegen ein Unrecht schütten wollen. Unter diesen Umständen habe das Gericht eine geringere Strafe, als sie sonst am Plage wäre, für eine angemessene Sühne gehalten.

Kleine politische Meldungen.

Ein Beweis, unseres guten Willens. Nach dem Velt Journal wird die bevorstehende Bezahlung von 180 Millionen Goldmark, die Deutschland als a conto-Zahlung vorfährt, nur zu einem kleinen Teile in Gold bestehen. Der Rest wird in ausländischen Devisen erlegt werden. Deutschland verpflichtet sich gleichzeitig den Rest der ersten Milliarde vor dem 30. Mai zu erlegen. Diese Haltung entspricht also, schreibt das Velt Journal, vollkommen den Forderungen des Ultimatus. Die Zahlungsweise ist korrekt, und das Kabinett Wirth gibt uns, indem es der Verfallfrist zuvorkommt, das erste Mal seit dem Waffenstillstand einen Beweis seines guten Willens. Diese Geste hat eine besondere Bedeutung nach der Rede Lloyd Georges. Man mußte befürchten, daß die deutsche Regierung sich durch die Konfiskation wegen Oberschlesiens von neuem verleiten lassen werde, den gefährlichen Weg des aktiven oder passiven Widerstandes zu beschreiten.

Die Mobilisierung der Export-Wagnere. Die beteiligten Reichsministerien sind gegenwärtig damit beschäftigt, einen Gesetzentwurf über die Exportabgabe und die damit zusammenhängenden Fragen auszuarbeiten. (Durch die Annahme des Londoner Ultimatus hat bekanntlich Deutschland die Verpflichtung übernommen, 20 Prozent des Wertes seiner Ausfuhr zu Reparationszwecken an die Entente abzuführen. Der in Bearbeitung befindliche Gesetzentwurf wird Bestimmungen darüber zu treffen haben, in welcher Weise die Erhebung dieser Abgabe, insbesondere die Abrechnung zwischen dem Reich und dem deutschen Exporthändler zu erfolgen hat.)

Er hat genug! Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Levi scheint jetzt endlich die Konsequenzen aus seinem Ausschluss aus der kommunistischen Partei gezogen zu haben und vorläufig wenigstens dem politischen Leben entsagen zu wollen. Er veröffentlicht in der Frankf. Zeitung ein Interim, in dem er erklärt: Ich übe meine Praxis wieder persönlich aus. Dr. Paul Levi, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.

Ein großer Tag in der französischen Kammer. Nach dem Velt Journal sind für die heutige Kammerdebatte verschiedene Interpellationen über die Londoner Abmachungen und die Zwischenfälle in Oberschlesien angemeldet. U. a. wird Tardieu über die Festsetzung von 132 Milliarden Goldmark als deutsche Gesamtschuld sprechen. Der Sozialist Cahin wird über die Außenpolitik interpellieren. In den Verhandlungen der Kammer herrscht der Eindruck vor, daß die Antwort Briand auf die aufsehenerregende Rede Lloyd Georges über Oberschlesien die parlamentarische Lage der Regierung verstärkt habe und daß er in der Kammer sicherlich eine große Mehrheit finden werde, die seine Außenpolitik billigt.

Vor dem Ende des englischen Streiks? Lloyd George ist nach London zurückgekehrt um Verhandlungen zu leiten, die nach Ansicht unparteiischer Kreise den Bergarbeiterstreik bald beendigen werden. Die Einzelheiten über die Grundlinien in der Einigung werden vorläufig geheim gehalten. Wie aus einer Rede des Bergarbeiterführers in Sidwales hervorgeht, rechnen sogar die radikalsten Elemente unter den Bergarbeiterführern mit dem bevorstehenden Abschluß eines Lohnabkommens.

Was kostet künftig ein Fernsprechanruf?

Vom Reichspostministerium wird uns mitgeteilt: 3000 Mark erklärt eine Berliner Zeitung in der Überschrift eines Artikels. Erst wenn man ihn bis zu Ende gelesen hat, kommt man dahinter, daß damit ein Verlin er Anruf gemeint sein soll, und zwar ein solcher, von dem vorläufig, das Jahr zu nur 300 Tagen gerechnet, allein an abgehenden Gesprächen 20, im ganzen Jahr also deren 6000 geführt werden. In Wirklichkeit kommen für den Teilnehmer natürlich nicht nur die zahlungspflichtigen abgehenden Gespräche, sondern auch die ankommenden Gespräche in Betracht, für die er nichts zu zahlen hat. Da die Zahl beider im allgemeinen ungefähr gleich sein dürfte, hat er also nur die Hälfte der Gespräche zu bezahlen, die er tatsächlich führt. Nun beträgt die Jahresrate, die ein Berliner Teilnehmer nach dem Entwurf für ein neues Fernsprechnetz zahlen soll, die sogenannte

Grundgebühr, 700 Mark. Dazu kommen 1500 Mark für jene 6000 abgehenden Tagegespräche, macht insgesamt 2200 Mark und nicht 8000 Mark. Die 2200 Mark bedeuten allerdings das 2 1/2fache dessen, was der Teilnehmer gewöhnlich für den Anschluß zu entrichten hat (880 Mark). Dafür ist er ein Wespensprecher mit rund 12 000 Gesprächen jährlich, der, da in seiner Jahrespauschgebühr ein auf die reine Gesprächsvermittlung entfallender Anteil von 320 Mt. enthalten ist, kurzelt für das einzelne abgehende Gespräch 5 Pf. zahlt, während es der Post selbst 28 Pf. kostet. Im Gegensaße dazu entfallen zum Teil auf den

Wespensprecher mit bis zu 2000 abgehenden Gesprächen im Jahr — das sind im Reich 42 Prozent aller Teilnehmer — durchschnittlich 10 Pf. für das Gespräch. Hieraus erklärt es sich einmal, weshalb nicht mehr so billig davon kommt, denn der jetzt bestehende Unterschied in der Höhe der Gesprächsgebühren — der bei einem Wespensprecher von 30 000 abgehenden Gesprächen jährlich sich noch um das Fünffache vergrößert — ist eben unlosal. Außerdem arbeitet die Post dabei erheblich unter ihren Selbstkosten, da die Wespensprecher an dem gesamten Verkehr mit 75 Prozent beteiligt sind. Daß bei dem geplanten neuen Tarif auch der Wespensprecher etwas mehr zu zahlen hat als bisher, ist unermeldlich, weil sonst der Wespensprecher zu sehr belastet würde. Die dadurch eintretende Verteuerung beträgt gegen jetzt in den größten Netzen bei 1000, 1500 und 2000 abgehenden Gesprächen bis 15, 33 und 45 Prozent. Die Post macht bei dem ganzen Geschäft keinen Profit, so will nur fortan ihre Selbstkosten bedekt sehen, denn

gegenwärtig legt sie täglich 2 1/2 Millionen Mark bei dem Fernsprechnetze ab. Dieser Zustand ist aber unhaltbar. Was die Fernsprecher an Ausgaben verursacht, muß in den Entnahmen Deckung finden. Niemand kann die Richtigkeit dieses Grundgedankes bestreiten. Es fragt sich also nur, ob es Mittel gäbe, die Ausgaben für die Fernsprecher erheblich einzuschränken. Daß sich an Apparaten, Draht und Kabeln nicht sparen läßt, liegt auf der Hand. Denn hieran fehlt es ja noch an allen Ecken und Enden. Somit befindet die ganze Fernsprechnetz nicht. Auch reichen die durch den neuen Gebührentarif auszubringenden Mehreinnahmen noch keineswegs aus, um die im Fernsprechnetzverkehr bestehenden schweren Betriebsmängel zu beseitigen. Dazu bedarf es noch anderer Aufwendungen. So bleibt nur die Frage übrig, wie man am

Fernsprecherpersonal sparen könnte. Wenn bei der Post im engeren Sinne bis vor kurzem unter der Wirkung der Demobilisierungsvorarbeiten ein Ueberfluß an Personal bestanden hat, so ist das gleiche im Fernsprechnetze niemals der Fall gewesen. Hier hat es im Gegenteil in den letzten Jahren infolge des Krieges sehr an geschulten Arbeitskräften gefehlt, was sich dementsprechend auch im Vermittlungsoberteil nachteilig geltend machte. Man mag daher die Sache brechen wie man will. Es bleibt nur übrig, sich mit der Erkenntnis abzufinden, daß sich der neue Tarif nicht umsetzen läßt. Die 180 Mark Goldmark, die bis 1914 die Teilnehmer als Pauschalgebühr in Netzen von mehr als 20 000 Anschlüssen zu zahlen hatten, entsprechen jetzt 2221 Mark Papiermark.

Von Stadt und Land.

Aus, 19. Mai 1921.

o Anzeigepflicht für Gegenstände und Tiere aus Feindesland. Auf Grund der Vorschriften des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages sind zufolge Verordnung der Reichsregierung vom 6. April 1921 Gegenstände aller Art, insbesondere Tiere, Maschinen, Maschinenteile, Industrielle und landwirtschaftliche Geräte, Zubehörsache dieser Geräte, ruhendes Eisenbahnmateriale, Luftschiffmateriale, Transportmateriale, Rohstoffe, Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände, Teppiche, (Gobelins), Kunstgegenstände, Silberzeug, Gemälde, Bücher, Dokumente, Korrespondenzen, Wertpapiere usw., in den von den Truppen der Zentralmächte besetzt gewesen Gebieten Frankreichs, Belgiens, Polens, Rumäniens, Serbiens und Italiens während der Besetzung den Verordnungen durch die Reichsregierung Zwang entzogen oder rechtswidrig fortgenommen oder gefunden worden und nach Deutschland vorbracht worden sind, vom Inhaber bis zum 1. Juni 1921 bei der Reichsentschädigungskommission, Berlin W. 9, Postdammerstraße 10—11, unter Vermittlung der von dieser herausgegebenen Bordrücke anzumelden. Bordrücke können bei den Postbehörden entnommen werden. Zur Meldung verpflichtet ist ferner, wer derartige Gegenstände innehat und sie anderen überlassen, versetzt oder ins Ausland gebracht hat. Für Gegenstände, die bereits auf Grund der Verordnung über die Rückgabe der aus Belgien und Frankreich entnommenen Maschinen vom 28. März 1919 (Reichsgesetzblatt S. 349) oder der Bestimmung vom 8. September 1919 über die Rückgabe von Gegenständen, die aus dem

Die Intrigantin.

Originalroman von M. Herzberg.

(Nachdruck verboten.)

1. Braudened war einst ein reicher und mächtiger Mitterly gewesen. Noch jetzt blühte das stolze, altersgraue Schloß mit seinem Turm, seinen Säulen und Zinnen, eine richtige Burgfeste, weithin sichtbar, imposant und sturbeherrschend von seiner Anhöhe auf Dorf und Tal herab. In der Nähe aber merkte man überall den unaufhaltsam fortschreitenden Verfall. Unter dem dichten Gese, der den größten Teil des breiten, viereckigen Baues bedeckte, zerbröckelte das moorsche Gestein der biden Mauern bereits bedenklich. Die altertümlichen, tiefen Fenster und Tore sahen nur noch locker in ihren Angeln und Kiegeleln und schlossen längst nicht mehr ordentlich. Auf dem verfallenen Brunnen im Schloßhof, den zerbrochenen Steinfiguren und Wappentieren lag eine dicke Moosschicht. Wohin man blickte, sah man Schäden und Vernachlässigung. Auch der Park war verwildert und verwahrloht. Unkraut wucherte auf allen Wegen. Das Gras stand ungemäht handhoch auf den Rasenflächen und die seit langem nicht mehr beschnittenen Sträucher in der Nachbarschaft des Burggrabens waren zu unübersichtlichen Hecken zusammengewachsen, unter deren sonnenlosem Schatten die ungesunde Feuchtigkeit ihr jahrelanges, sich ausbreitendes Fortschrittswerk ungehindert treiben durfte.

Wie außen, so zeigte auch das Innere des Schlosses, die hohen, weiten Hallen und Gemächer mit ihren verbliebenen, stellenweise zerfallenen Gobelins, den verschollenen, verstaubten Prunkmöbeln, gedunkelten Ahnenschildern, den schadhafsten Epitaphen und sonstigen antiken Schmuckgeräten, deutliche Spuren der Verwüstung und Vernachlässigung. In einigen der bewohnten Zimmer

hatte man moderne, nicht sehr teure Möbel und Gebrauchgegenstände unter die Reste alter Pracht gemischt und so einen sonderbar stillosen, zusammengewürfelten Eindruck erzielt, der den Verfall und die Verarmung des jetzigen gräflichen Geschlechtes noch auffälliger machte. Auf dem geräumigen, zwingerähnlichen, mauerumkränzten Säler, der von seiner Höhe einen wundervollen Ausblick über das weite, jetzt im ersten Frühlingschmuck prägende Land gewährte, saßen die Gräfin v. Braudened und ihre Tochter, Komtesse Elsa, eifrig nährend an einem runden Tische, welcher mit allerhand Silbergeschmücken, Spitzen und Bändern mamerisch hant bedeckt war. Die Gräfin war eine große hagere Dame, deren scharfgeschnittenes Gesicht um Mund und Nase einen harten, hochmütigen Zug trug. Die Komtesse hätte hübsch genannt werden können, wäre die stets vertriebliche Miene nicht gewesen; doch milderten sprechende nachdenkliche braune Augen diesen Eindruck. Aufstehend schon geformt waren die feinen Hände

Es war ganz still zwischen den beiden Damen; man hörte nur das Santieren der Scheren und das Rascheln des Seidenstoffes. Nach einem Weilschen breitete Komtesse Elsa den engen, fliederfarbenen Rod, an dem sie genäht hatte, auseinander und hielt ihn hoch gegen das Sonnenlicht, sah prüfend hindurch, um gleich darauf, entsetzt über die vielen noch vorhandenen schadhaften Stellen, deren sie erst wenige mähfam zugestopft hatte, mutlos auszurufen:

„Es geht nicht und geht nicht, Mama! Da schau her! Diese unglückigen Brüche und Risse lassen sich mit dem besten Willen nicht unsichtbar machen. Ich kann unmöglich so vor Ihrer Hoheit erscheinen, ohne mir die Augen aus dem Kopfe zu schämen!“

Sie stand auf und schleuderte das Kleidungsstück heftig auf ihren Stuhl.

„Wie ich unsere Armut vermischt, Mama, wie ich

sie hasse, verabscheue! Wie ich mich heraussehne aus dieser ewigen Misere!“

Sie hob fast verzweifelt die Arme.

„Nun also! Um so mehr hast du Ursache, diese Gelegenheit, die sich uns durch den Besuch Ihrer Hoheit bietet, wahrzunehmen, anstatt kindlich gleich die Hände ins Korn zu werfen!“ entgegnete die Gräfin streng.

Sie ergriff den verachteten Rod ihrerseits und drückte ihn sorgfältig.

„Es ist gar nicht so schlimm!“ meinte sie dann. Wir werden über die ganze obere Hälfte einen Spitzenüberwurf machen. Ich habe noch ein gutes Stück meines Bräusteler Brautstüchleins liegen. Auf diese Weise werden die am meisten ins Auge fallenden schadhafsten Stellen verdeckt. Ihre Hoheit ist übrigens kurzatmig.“

„Aber desto härter sieht die Oberhofmeisterin!“

„Sie wird diesmal blind sein!“ sagte die Gräfin lächelnd.

„Ich begreife übrigens den Einfall der Herzogin nicht, uns hier in unserem abgelegenen Braudened aufsuchen zu wollen!“ bemerkte Elsa darauf.

„Es ist ja eine Auszeichnung und Ehre, die uns die hohe Frau damit erweist, gewiß; ahnte sie aber, welche Arbeit sie uns dadurch aufbürdet, welche Sorgen —“

„Sie wird sich nur kurze Zeit aufhalten.“ fiel die Gräfin ein. „Sie nimmt bloß den Tee bei uns, den Wäppler, der gräfliche Kutsher, Diener, Hauswart in einer Person, ganz gut zu servieren versteht. Daß man nicht einmal einen ordentlichen, geschulten Diener mehr halten kann!“ Hier seufzte sie doch. „Uebrigens — daß Du es nur weißt, Elsa — kommt die Herzogin auf meine eigentliche Veranlassung. Ich habe das sehr ausgeklügelt und eingedebelt. Für Euch beide istlichen, unmündigen Kinder, dich und deinen Vater, muß man ja handeln.“

(Fortsetzung folgt.)

# Letzte Drahtnachrichten.

Nach seiner Entscheidung des Lage in Oberschlesien.

Berlin, 10. Mai. Gemäßliche Bittermeldungen aus Oberschlesien deuten darauf hin, daß trotz Koriantys Rückzugsgangebots keine Entspannung der Lage eingetreten ist. Neue Ausschreitungen der polnischen Insurgenten haben sich ereignet. In Königsbrunn wurde ein Depot für Flüchtlinge von Polen ausgeplündert. Nach einer Meldung des Sozialenpolen sind 75 neue Flüchtlinge von Polen über die Grenze zur Insurgentenfront transportiert worden. Die polnische Zeitung berichtet von zwei Verordnungen Koriantys, in welchen er sich Regierungsgewalt anmaßt, und die eine offene Bestätigung der Entente-Kommission bedeuten.

Berlin, 10. Mai. Die Reichsregierung erläßt eine Warnung gegen die Bestrebungen, welche darauf abzielen, durch Umwerbung von Freiwilligen, Bildung von Freiwilligenverbänden usw. den bedrängten Oberschleslern aus anderen Teilen des Reiches selbständig zu Hilfe zu eilen; sie macht mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam, daß solche Umwerbungen und Zusammenstellungen zu militärischen Verbänden den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen und mit Strafe bedroht sind.

Washington, 10. Mai. In Beantwortung eines Erlasses des polnischen Staates um Americaner Unterstützung in der oberschlesischen Frage vor dem obersten Rat des Reiches selbständig zu Hilfe zu eilen; sie macht mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam, daß solche Umwerbungen und Zusammenstellungen zu militärischen Verbänden den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen und mit Strafe bedroht sind.

Paris, 10. Mai. Der Londoner Korrespondent des Temps berichtet, nachdem man die außerordentliche Gesandtschaft ernannt habe, welcher der Friede von Europa ausgelegt werden sei und wie leicht noch ausgelegt werden könnte, frage man sich, warum man eine derartige Lage habe entstehen lassen können. In gewissen Kreisen führt man die Kritik zum Teil auf die späte Volksabstimmung in Oberschlesien und zum Teil auch darauf zurück, daß man die Verwaltung der Volksabstimmungskommission nicht verantworten habe. Ein Problem von solcher politischer und juristischer Bedeutung hätte, wie man sagt, nicht militärischen Gehe übertragen werden dürfen.

Paris, 10. Mai. Chicago Tribune berichtet heute über folgenden Plan: Oberschlesien soll unabhängig gemacht werden, entweder unter der Herrschaft des Völkerbundes wie das Saargebiet, oder unter einem unmittelbaren Regime der alliierten Mächte. In Frankreich sehe man ein, daß es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge fast ganz unmöglich sei, Risiken dem ganzen Industriegebiet zu sichern. Es sei auch geplant, nach einer gewissen Zeit die Volksabstimmung zu wiederholen.

## Dementi

München, 10. Mai. Die Korrespondenz Hoffmann stellt am 10. Mai fest, daß die Nachricht, dem bayerischen Handelsminister Hamm sei das Reichsfinanzministerium angeboten worden, wie etwaige sonstige Meldungen über einen Eintritt eines bayerischen Ministers in das Kabinett aus der Luft gegriffen sind.

## Befähigung, nicht Parteizugehörigkeit!

Berlin, 10. Mai. Auf eine kleine Anfrage im preussischen Landtag wegen eines in verschiedenen Gemeinden angebotenen Verfahrens bei der Ausschreibung von Lehrstellen, wobei das Verbotnis zur sozialdemokratischen Partei zur Bedingung gemacht wurde, hat die Unterrichtsverwaltung erwidert, daß sie derartige Ausschreibungen für unvereinbar mit der Reichsverfassung halte. Sie bekenne sich durchaus zu dem Grundsatze, daß lediglich die Befähigung der Bewerber ausschlaggebend sein dürfe.

## Franzosen-Herrschaft

Berlin, 10. Mai. Einer Bittermeldung aus Mainz zufolge wurde der Vorstand des Entfestigungsamtes Mainz, Major Reglaff, bei einem Besichtigungsgange zu den Entfestigungsarbeiten von zwei französischen Offizieren in unwürdiger Weise zur Rede gestellt. Major Reglaff verbat sich den Ton der französischen Offiziere. Er wurde am Abend in seiner Wohnung verhaftet und nach dem Gefängnis gebracht.

## Kommunisten-Verhaftung

München, 10. Mai. Das Sprengkommando der Münchener Kommunisten, das bei den letzten Unruhen in Mitteldeutschland beauftragt war, durch Sprengung der Eisenbahnbrücken in Augsburg und Regensburg den Truppentransport von München nach Mitteldeutschland zu unterbinden, wurde verhaftet und vor Gericht gestellt.

## Verurteilte Bombenattentäter

Halle, 10. Mai. Den Bittern zufolge wurden die Arbeiter Franz Köhler, Otto Schwenke und Ferdinand Gosler, die am Osterfestabend den Bombenanschlag auf die Saalezeitung verübt haben, vom Sondergericht zu Buchtaustrafen von 1 1/2 bis 4 Jahren verurteilt.

## Gutnachbarliche Beziehungen

München, 10. Mai. Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin Tuzar weilte dieser Tage in München und stattete dem Ministerpräsidenten von Bayern einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit gab er laut bayerischer Staatszeitung die Versicherung ab, daß die Regierung der Tschechoslowakei den allergrößten Wert auf freundschaftliche Beziehungen zu Bayern hege. Ministerpräsident von Bayern betonte das Gleiche auch für die bayerische Regierung.

## Schäfersversammlung

Frankfurt a. M., 10. Mai. Hier wurde eine öffentliche Protestkundgebung gegen die Bergemaltingung Oberschlesiens, die von den drei Regierungsparteien einberufen worden war, von Kommunisten gestört. Die Kommunisten drangen gegen die Mederlichkeit vor, wobei es zu Tätlichkeiten und Schlägereien kam. Nachdem Schußpolizei die Ruhestörer vertrieben und einige Verhaftungen vorgenommen hatte, konnte die Veranstaltung fortgesetzt werden. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird fernerlich Verwahrung gegen jeden Versuch eingelegt, den klar bekundeten Volkswillen der Oberschlesier durch Gewalt zu beugen.

von den deutschen Truppen besetzt gewesen Gebieten stammen, (Dauischer Reichsanzeiger Nr. 205 vom 9. 9. 1919) schriftlich gemeldet worden sind, ist keine neue Meldung zu erstatten. Die der Einzelgeplüht unterliegenden Gegenstände hat die Reichsregierung beschlagnahmt.

Neue Verbindungen mit dem Erzgebirge. Der neue Sommerfahrplan bringt endlich die langersehnte Verbesserung der Zugverbindungen mit dem Erzgebirge, so daß ein Ausflugsverkehr nach unserm Erzgebirge wieder möglich ist. Die neuen Verbindungen sind folgende: über Werdau-Zwidau ab Leipzig Hptbhf. 6.59 vorm. (Eilzug), ab Werdau 8.31 vorm., an Aue 10.02 (Anschluß nach Richtung Eibenstock-Jägergrün), an Buschholz 11.55 vorm.; ferner ab Leipzig Hptbhf. 12.37 nachm., ab Werdau 3.14 nachm., an Aue 4.58 nachm. (Anschluß nach Richtung Jägergrün), Annaberg 7.14 nachm. Beide Züge verkehren täglich. Für die Rückfahrt stehen folgende neue Verbindungen zur Verfügung: ab Annaberg 9.12 vorm., ab Aue 11.15, ab Werdau 1.41 nachm., an Leipzig Hptbhf. 3.49 nachm.; ab Annaberg 2.45 nachm., Aue 4.58 nachm. (Anschluß aus Richtung Jägergrün), Werdau 6.37 (Eilzug), an Leipzig Hptbhf. 8.02 nachm.; ab Annaberg 4.37 nachm., Aue 7.14 abends, Werdau 8.44, an Leipzig Hptbhf. 10.39 abends. Diese Verbindungen werden täglich geführt. An Feiertagen verkehrt noch ein Zug ab Annaberg 8.14 abends, Aue 10.30 (Anschluß aus Richtung Jägergrün), Zwidau 11.27 abends, Weiterfahrt über Reichenbach, ab dort D-Zug, an Leipzig Hptbhf. 4.48 vorm.

Evangelisation. Morgen Freitag abend 8 Uhr wird Pred. Leuch aus Ufer (Schweiz) in der hiesigen Methodistenkirche — Evangelische Freikirche — Bismarckstr. 12 einen Evangelisations-Vortrag halten. Prediger Leuch ist einer der neueren Komponisten für christliche Gesänge, dem es gelungen ist, eine Anzahl der schönsten Lieder der christlichen Sängerkunst zu übergeben. Er wird eifrig seine schönen, christlichen Weisen selbst zum besten geben. Der Zutritt ist für Jedermann frei.

## Sport und Spiel.

Wingspieler der Fußballer-Sportklub Aue. Am 1. Wingspielertrag trafen sich Sportklub 1 Aue und Spielabst. 1 Dresden zum Gesellschaftsspiel auf dem Sportplatzporplatz am Weinberg. Aue hat Anstoß und brüht den Gegner in die eigene Spielhälfte zurück. Doch alle gut eingeleiteten Angriffe scheitern an der tatkräftig führenden Verteidigung Dresdens. Nach Verlauf von 10 Minuten gelingt es den Gästen durch Flügelspiel der Außenstürmer, unterstützt durch Herauslaufen des Auer Torhannes den 1. Erfolg für ihre Farben zu buchen. Nach Wiederanstoß bricht durch schönes Passspiel des Auer Mittelstürmers die Stürmerreihe durch und kann gleichziehen. Im weiteren Spielverlauf ist Aue nicht recht auf dem Posten, jedoch es beim nächsten Ergebnis verbleibt. Die 2. Halbzeit beschränkt sich durchgehend auf Mittelfeldspiel. Dank der wachsenden Verteidigung und der Umsicht des Torhannes ist es den Gästen nicht vergrünt gewesen, sich ganz auf dem Platz zu behaupten. Wäre der Sturm in der alten Weise auf seinem Posten gewesen, hätte das Spiel für Aue günstiger verlaufen können. Sportklub 2 Aue — Spielabst. Dresden 2 : 4 : 1, Halbzeit 2 : 0. Sportklub 3 Aue gegen Sportfreunde Dittersdorf 2 : 0 : 4, Halbzeit 0 : 2. Sportklub 4 Aue gegen Rauer 3 : 5 : 2. Sportklub 1. Jugend — Freie Turnerschaft Neuhädel 2 : 8 : 2. — Am 2. Wingspielertrag standen sich Sportklub 1 Aue und Fr. Turnerklub 3 Zwidau 1 Mannschaften im Gesellschaftsspiel gegenüber. Zwidau spielte Anfangs mit nur neun Mann. Nach Anstoß für Aue arbeitet sich Sportklub gut durch, kann aber leider infolge der vielseitigen Verteidigung nichts zählbares erreichen, zumal der Halbroche die besten Momente zum Einfinden überläßt. Ein Elfmeter wurde durch den sich im ganzen Spiele gut bewährten Torhannes der Gäste gehalten. Nach dem ersten Einfinden des Auer Mittelstürmers legt sich Zwidau tüchtig ins Zeug, kann aber dank der rühen Käuferreihe und der mauerfesten Verteidigung nicht anschießen. Halbzeit: Das Spiel liegt dauernd in der gegnerischen Spielhälfte, was demselben nichts interessantes abrang. Zweimal holte der Torhannes das Leder aus dem Fehlschuß, was aber für Aue nicht als Erfolg anerkannt wurde. Kurz vor Schluß verhält die gegnerische Verteidigung den Einkünftigen zum 2. Erfolg. Nach Schlußpfiff trennten sich beide Mannschaften, Aue mit dem Bewußtsein, daß sich Zwidau durch rohes Spielen den Sieg für die Farben buchen wollte. Sportklub 2 Aue — Fußballabst. 2 Leipzig 2 : 1, Halbzeit 1 : 0. Sportklub 3 Aue gegen Fußballabst. 3 Leipzig 0 : 4, Halbzeit 0 : 2. Sportklub 4 Aue gegen Fr. Traktst. Gernsdorf 2 : 5 : 1, Halbzeit 3 : 0. W. Oo.

## Bernsbach, 10. Mai.

a. Zwei Personen vom Blitz getötet. Das heftige Gewitter, das gestern gegen mittag in unserer Gegend niederging, hat leider durch Blitzschlag zwei Todesopfer gefordert. Der 31jährige Gutsherrherrschon Max Höfer wurde beim Düngemittelstreuen von dem Unwetter auf freiem Felde betroffen. Er trat sofort den Heimweg an, wobei ein Blitzschlag ihn traf und tötete. Im anderen Falle tobte der beim Stöckeraustoben mit Frau und Sohn im Walde von dem Gewitter überfallen, ebenfalls 31 Jahre alte Klempner Ernst Friedrich, nach Hause zurück. Sie hatten belnahe schon die ersten Häuser des Ortes erreicht, als ein Blitzschlag alle drei zu Boden warf. Der Anabe blieb im übrigen unberührt, die Frau war für kurze Zeit bewußtlos, während der Mann auf der Stelle getötet worden war. Den Angehörigen der so früh aus dem Leben Gerissenen wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

## Schwarzenberg, 10. Mai.

Antoniebestattung. Die bürgerlichen Stadträte und Stadtvorordneten haben sämtlich ihre Ämter niedergestellt. Trotzdem in der Finanzsicherung vereinbart worden war, daß von jeder der Fraktionen ein Vertreter in die Gesellschaftsverammlung der Gasversorgungsgesellschaft Erzgebirge-West zu wählen ist, entfiel bei der Wahl in der gemeinschaftlichen Sitzung nicht eine Stimme der Sozialdemokraten und Kommunisten auf den Vertreter der Bürgerlichen, obwohl diese die stärkste Fraktion der hiesigen Räteparlament bilden.

Zwidau, 10. Mai. Sonntagsruhe für Redaktionen. Die hiesigen Tageszeitungen haben gemeinsam beschlossen, die Einführung der Sonntagsruhe für die Redaktionen dadurch anzuführen, daß sie, wie es in einer Reihe anderer Städte bereits geschieht, über Veranstaltungen an Sonn- und Feiertagen möglichst im allgemeinen nicht mehr berichten. Theatervorstellungen usw., die etwa Sonntags herauskommen, können in Zukunft erst bei der nächsten Wochentagsaufführung besprochen werden; über Vereinsveranstaltungen und dergl. werden Berichte durch die Vereinsführer erstattet.

Reichenbach, 10. Mai. Eine ganz besondere Pfingstfeier wurde hier in der hiesigen Stadtratskassa in der Wasabnehmern. Er dankte herzlich: Ihr habt rückwärts ab 1. April 20 Pf. je Kubikmeter mehr zu bezahlen! Das Industrieergas, das bisher niedriger war, als das Wirtschaftsgas, ist auf sage und schreibe 2.50 Mark hinaufgesetzt worden.

Delsitz i. V., 10. Mai. Feuerschutz. Selbst die beste Spritze nützt nichts, wenn nicht genügend Wasser vor-

handen ist. Nach dieser einwandfreien Feststellung weist die hiesige Amtshauptmannschaft die Gemeindeführer des oberen Vogtlandes an, überall dort, wo keine Hochdruckwasserleitung vorhanden ist, Teiche mit genügendem Wasserinhalt anzulegen bezw. die vorhandenen in Stand zu setzen, und in Ortschaften, die an einem Wasserlaufe liegen, Vorkehrungen zu treffen, durch die das Wasser stets mit Leichtigkeit angestaut werden kann.

Grimma, 10. Mai. Verkauf der Kasernen. Der Reichsmilitärminister will die beiden der Stadt gehörenden ehemaligen Infanteriekasernen in der Nähe des Bahnhofes erwerben, und zwar zum Preise von 600 000 Mark für jede Kaserne. Der aufgestellte Kaufvertrag ist von den Stadtverordneten in der letzten Sitzung genehmigt worden. Die Stadt hatte die Absicht, die vor einigen Jahren von der Militärverwaltung gebaute Offizierspessanstraße zu Wohnzwecken zu kaufen. Wegen des geforderten hohen Preises (325 000 Mark) hat sie aber davon absehen müssen.

Deberau, 10. Mai. Mordversuch — Selbstmord. Am 2. Feiertag früh überfiel der 45jährige Bleicherearbeiter Gänthe Makrot die Familie Zeun, um sie zu ermorden. Makrot verkehrte seit drei Jahren mit der jetzt 20jährigen Tochter des Grubenarbeiters Zeun. Nachdem das Mädchen ihm tagtäglich mitgeteilt hatte, daß ihre Eltern diesen Verkehr nicht mehr dulden, legte er in die Zeunische Wohnung, drang in die Schlafstube ein und schlug mit einem frischgeschliffenen Beil nach Zeun, dem er eine schwere Kopf- und ein Beinverletzung beibrachte. Die im gleichen Zimmer schlafende Frau und Tochter, sowie der die Nachbarwohnung inhabende Kommunalarbeiter Dietrich, der durch den Lärm erwachte, nahmen den Kampf mit Makrot auf. Dieser entfloh. Die sofort herbeigeholte Polizei fand Makrot in seiner Wohnung erhängt vor.

Freiberg, 10. Mai. Ein Radiumlangrohr in Freiberg. Das hiesige Bergamt hat, wie die B. Z. zu melden weiß, die wissenschaftlichen Radiuminstitute und die Radiumbäder Mitteleuropas zu einer Beratung nach Freiberg eingeladen, die in den letzten Tagen des Mai stattfinden soll. Es wird sich dabei im wesentlichen darum handeln, ein einheitliches Verfahren für die Messung radioaktiver Quellen festzusetzen. Der Freistaat Sachsen ist infolge seines Reichtums an fast radioaktiven Quellen an einer möglichst raschen Lösung des Problems besonders interessiert. Diese soll nun durch das Vorgehen des hiesigen Bergamtes, das die behördliche Aufsicht über das hiesige Radiumwesen und über die hiesigen Radiumbäder führt, und dabei von dem Radiuminstitut der Freiburger Bergakademie wissenschaftlich beraten wird, herbeigeführt werden.

Wien, 10. Mai. Die Anglidschronik der Felsenkletterer fand während der Feiertage leider eine traurige Verleserung. Im Basteigebiet stürzten mehrere junge Kletterer ab und trugen schwere Verletzungen davon. Bei einem Mechaniker aus Dresden, der freigeht ausbezogen war, um dem ihm so lieben Sport zu huldigen, war der Tod sofort eingetreten. Tödlich verunglückt ist auch eine Frau aus Sebnitz bei einem Automobilunfall am Reichenhainer Wasserfall bei Schandau infolge Verlassens der Bremse.

## Gerichtssaal.

k. Schwarzenberger Kommunisten vor dem außerordentlichen Gericht zu Dresden. Die Schwarzenberger Vorgänge in den Märztagen hatten jetzt ein Nachspiel vor dem außerordentlichen Gericht zu Dresden, die Anklage lautete auf schweren Hausfriedensbruch nach § 124 und Landfriedensbruch nach § 215 und richtete sich gegen den 32 Jahre alten, aus Böhmen gebürtigen, in Schwarzenberg wohnhaften Arbeiter Johann Hutschenreuther, den 1893 zu Crandorf geborenen Fabrikarbeiter Julius Alexander Wagner, wohnhaft in Raschau, den 1873 geborenen Steinbrecher Friedrich Rudolf Stiehler aus Schwarzenberg, den 1901 zu Werdau geborenen, gleichfalls in Schwarzenberg wohnhaften Tischler Rudolf Otto Keller, den 1888 zu Cottbus geborenen Bäcker und Arbeiter Wag Will Benjamin Krause, wohnhaft in Schwarzenberg, den 1898 zu Sachsenfeld geborenen, in Glöbenstein wohnhaften Klempner Ernst Karl Bösch, den 1901 zu Weitenbrunn geborenen, in Sachsenfeld wohnhaften Arbeiter Willi Florenz Kiedel, den 1898 zu Bernsdorf geborenen Schlosser Karl Friedrich Strobel, und dessen 28 Jahre alten Bruder Kurt Gustav Strobel, Klempner und Fabrikarbeiter, beide in Schwarzenberg wohnhaft, den 22 Jahre alten Klempner Paul Emil F. Lohr, und den 24 Jahre alten Handarbeiter Karl Walter Hermann, beide aus Raschau. Am 29. und 30. März waren in Schwarzenberg auf dem Marktplatz von der kommunistischen Partei Versammlungen einberufen worden, in denen über die Lage in Mitteldeutschland Aufklärung gegeben, und zum Eintritt in den Generalstreik aufgefordert wurde. Nach Schluß der zweiten Versammlung zogen größere Abteilungen von Demonstranten in die Betriebe von Schwarzenberg und Umgebung, um die sofortige Arbeitseinstellung zu fordern; dabei wurden verächtlich in denjenigen Unternehmungen, die mit Wasserkraft arbeiten, die Schächten der Stauwasser entweder geschlossen, umgeleitet oder gleich eingestochen, jedoch auf diese Weise die Tätigkeit eingestellt werden mußte. Mehrfach soll es dabei auch zu allerlet Drohungen usw. gekommen sein, so daß bei Weikerzwecken Gewalt angewendet wurde. Das Gericht hielt nach umfangreicher Beweisaufnahme den Schuldbeweis bei den sämtlichen Angeklagten für erbracht, es wurden Stiehler, Keller, F. Lohr und Hermann im Sinne des Antrages des Staatsanwaltes zu je fünf Monaten, Hutschenreuther und Wagner zu je vier Monaten, Bösch, Kiedel, Krause und die Gebrüder Strobel zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Vater und Sohn als Einbrecher. Der 63 Jahre alte Grabsteingehilfenhelfer Hermann Beier in Schneidberg und dessen Sohn, der 15jährige Bildhauerlehrling Johannes Beier hatten sich wegen mehrerer Einbrüche vor dem Landgericht Zwidau zu verantworten. Der Vater B. raß am Pfingstsonnabend vorigen Jahres, abends aus dem Wohnhaus des Wäckermeister Krauß in Brettenbrunn, in das er sich eingeschlichen hatte, zwei bis drei Brote, eine Toppe und ein Paar Hauschuh. Am 19. Januar fuhren beide heimlich ebenfalls nach Brettenbrunn nach dem Grundstück des Fleischermeisters Wegl, in das der Vater B. einstieg, während der Sohn unten wartete. In einer Kammer raffte der Vater alles zusammen, was er in der Dunkelheit erlangen konnte, warf die Sachen zum Fenster herunter und verpackte dort alles in zwei Säcke, die sie zusammen fortgeschleppten. Es waren Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von 8-10 000 Mark. Von hier begaben sich beide nach dem Grundstück des Wäckermeisters Teumer, in das der Vater einstieg und seinem draußen stehenden, Sohne einen Schlüssel und einen Sod herausreichte, die zum Transport der bei Wegl gestohlenen Sachen benutzt wurden. Der Vater B. wurde zu neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, der Sohn dagegen freigesprochen.

## Kirchennachrichten.

Methodistisches — Evangelische Freikirche. Bismarckstraße 12. Freitag den 20. d. M. abend 8 Uhr Gottesdienst. Predner: Prediger Leuch aus Ufer (Schweiz). Jedermann ist freundlich eingeladen.

Er Juni 0000  
erdings das  
den Anschlag  
sprechen mit  
jahrespausch  
tender Mine  
abgehende  
Pfg. folgt.  
das sind im  
10 Pfg. für  
16 der Bief  
mehr so  
schied in der  
sprecher dort  
als Hinflache  
die Post dach  
an dem  
sind. Das  
reher etwas  
ell sonst der  
ende W e r  
ab Prozent.  
ist, sie will  
last  
unhaftbar,  
in den Ein  
dieses  
Mittel gäbe,  
rängen. Das  
ist, liegt auf  
Eben und  
nicht. Auch  
zubringenden  
aufrecht  
igen. Dazu  
die Frage  
bis vor kur  
driften ein  
ie im Fern  
in Gegen  
geschw  
entsprechend  
Man mag  
übrig, sich  
nicht um  
Teilnahme  
schließen zu  
art.  
1921.  
eindeutend.  
nungen und  
find zufolge  
Gegenstände  
telte, Indu  
dieser Ge  
nal, Trans  
tungsgegen  
verzeug, Ge  
den, Wert  
smächte be  
ns, Volens  
rechnung den  
schwändig  
Deutschland  
n 1921  
Votsdamer  
angegebenen  
beibehalten  
ferner, wer  
überlassen,  
stände, die  
de der aus  
März 1919  
om 8. Sep  
te aus dem  
fehne aus  
sche, diese  
er Hofeit  
die Blinte  
strenge.  
eits und  
fle dann.  
n Epigen  
Stück meis  
e Weise  
habhaften  
rschafts.  
meisterin  
ie Gräfin  
Derzogin  
ened auf  
Es ist ja  
che Frau  
Arbeit sie  
fiel die  
uns, den  
swart in  
Das man  
mehr  
eigens —  
Derzogin  
das sein  
drüchten,  
muß man

### Vermischtes.

Die Belegung des Graus von Stabenburg fand gestern nachmittags unter ungewöhnlich starker Beteiligung der Bevölkerung statt. Die Leiche war in den Vormittagsstunden nach dem Friedhof übergeführt und in des Kapells aufgebahrt worden. Eine ungeheure Menge von Kränzen war am Sarge niedergelegt worden. Um 8 Uhr nachmittags begann die Trauerfeier, an der außer dem Feldmarschall und den näheren Familienangehörigen auch Vertreter der Wirtschaften und anderer Behörden, Abordnungen früherer Regimenter und Vertreter studentischer Korporationen teilnahmen. Geführter Konfistorialrat Biersch hielt die Trauerrede. Nach der Feier wurde der Sarg hinausgetragen und unter Trauerkränzen zum Grabe geleitet. Kräftevereine schrieben mit umflorten Fahnen dem Zuge voraus. Studenten und Schüler hatten zu beiden Seiten des Weges Aufstellungen genommen und Kinder der Kriegshilfe streuten der Entschlafenen Blumen auf den letzten Weg. Am Grabe sprach der Geistliche noch ein kurzes Gebet, womit die Trauerfeierlichkeit ihr Ende erreichte.

**Französischer Bombenabwurf auf ein Schwarzwalddorf.** Am Pfingstmontag nachmittags überlag ein Flugzeug aus der Richtung Straßburg kommend, das babilische Schwarzwaldort Faltensbach und lag mitten über dem Dorfe eine Bombe herabfallen, die auf das Dach des Hauses eines Landwirtes in der Kirchstraße fiel und das Dach beschädigte und von da in den Hof niederfiel, ohne glücklicherweise zu explodieren. Die Fliegerbombe hatte einen Durchmesser von 18 Zentimeter und war 42 Zentimeter lang. Es handelt sich zweifellos um ein französisches Militärflugzeug aus Straßburg.

**Französischer Bombenabwurf auf ein Schwarzwalddorf.** Das bekannte westböhmische Städtchen Franzensbad wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Geldgeber sind amerikanische Finanzleute, die 80 000 Aktien zu 50 Dollar emittieren und davon der Stadtgemeinde 10 000 Aktien überlassen, so daß die Stadt stets die absolute Mehrheit in den Generalversammlungen haben wird. Die Aktiengesellschaft packt alle Kureinrichtungen für 60 Millionen Kronen. Der Pachtvertrag läuft 45 Jahre. Vom Pachtzins werden zunächst die 17 000 Kronen Schulden des Kurortes bezahlt. Der Rest soll für den Neubau einer Wandelhalle, Theater und Musikpavillon, sowie Herrichtung des Badehauses und Kurparks verwendet werden.

**Amerikanische Ameisen als Wohnungsgage?** Neuerdings häufen sich die Klagen über massenhaftes Auftreten der Ameisen in den Häusern, besonders in den Vorratsräumen und Speisekammern. Man vermutet dabei, daß es sich um bisher in Deutschland nicht vorgekommene Arten handelt, die mit den Lebensmittelpaketen aus Amerika eingeschleppt worden sind. Die Biologische Reichsanstalt in Berlin-Dahlem befaßt sich mit der weiteren wissenschaftlichen Aufklärung.

Wie groß muß es sein? Unter der Überschrift: Ein politisches Nachtgeschätz... veröffentlicht das Kölner Tageblatt folgen-

des Schreiben des Bürgermeisters amtes Sornagen an das Reichsvermögensamt Krefeld: Am 19. vorigen Monats wurden vom dortigen Amt mit Waggonladung 12 Kohlenlästen, 18 Feuerstein und ein Nachtgeschätz für den Kapitän Aspelach geliefert. Das Nachtgeschätz, das 1 1/2 Liter faßt, war für den Kapitän zu klein. Der Kapitän beschwerte sich deshalb beim Kommandantenkommandanten, und ich hatte mich bei meiner Vernehmung durch einen Offizier der Gendarmenmilitäre über die Mißachtung eines belgischen Offiziers, begangen durch die Lieferung eines zu kleinen Nachtgeschätz, zu äußern. Von einer Strafverfolgung wurde Abstand genommen, da ich die Lieferung den Bedürfnissen des Offiziers entsprechenden Nachtgeschätz zusicherte. Es wurde infolgedessen ein Nachtgeschätz, das 2 1/2 Liter faßt, besorgt. Dies genügt. Es dürfte zweckmäßig sein, von dem den belgischen Offizieren gebührenden Maß der Nachtgeschätz Kenntnis zu nehmen, um zu vermeiden, daß durch zu kleine Gefäße dieser Art Unstich erregt wird. — So weit das Schreiben des Bürgermeisters amtes.

**Ein Bettler als Stadtorde.** In den Amsterdamer Stadtrat wurde dieser Tage ein bekannter Amsterdamer Bettler und Handstreicher als Stadtorde gewählt. Bald darauf wurde er wegen Trunkenheit zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, doch sagt er, daß er sofort nach seiner Freilassung sein Amt im Stadtrat übernehmen werde, und da er kürzlich der Weltste unter den Stadtordeorden ist, so wird er Vorliegender werden.

**Die Frau ohne Magen.** Der Fall einer Frau, die ohne Magen seit zwei Jahren lebt und sich dabei sehr wohl befindet, wurde in einer Sitzung der Pariser Akademie für Medizin von Dr. Victor Pouchet berichtet. Die Patientin litt an schweren Magengeschwüren; ihr wurde der ganze Magen herausgenommen, und die Verlängerung der Speiseröhre wurde direkt an den Zwölffingerdarm angehängt, so daß die Nahrung unmittelbar zu den Eingeweiden gelangte. Eine Woche lang erhielt daraufhin die Patientin keine Nahrung. Dann aber durfte sie wieder normale Speisen zu sich nehmen, und sie befindet sich seit zwei Jahren bei vollkommener Gesundheit, hat auch ihr früheres Gewicht wiedererlangt.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Aue.

Der von den städtischen Körperschaften verabschiedete IX. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung für Aue, der die Berechnung der Feuersteuer betrifft, ist von der Kreisbauhauptschaft Zwidaun im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Er liegt zur Kenntnisnahme in unserer Ratskanzlei 14 Tage lang aus.

Der Nachtrag tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft. Aue, 18. Mai 1921. Der Rat der Stadt.

### Aue. Impfungen.

Die öffentlichen unentgeltlichen Impfungen in Aue werden in diesem Jahre in des Turnhalls der 2. Bürgerschule am Ernst-Gehmer-Weg vorgenommen und zwar in der nachverzeichneten Reihenfolge:

- Montag, 23. Mai nachm. 5,15 Uhr, für Kinder mit dem Anfangsbuchstaben W-D;
- Dienstag, 24. Mai nachmittags 8,15 Uhr, E-W;
- Mittwoch, 25. Mai, nachmittags 8,15 Uhr, S-R;
- Donnerstag, 26. Mai, nachmittags 8,15 Uhr, Q-P;
- Freitag, 27. Mai, nachmittags 8,15 Uhr, N-S;
- Sonnabend, 28. Mai, nachmittags 8,15 Uhr, T-Z.

Eine Woche später sind alle getauften Kinder in dem Impfraume dem Arzte zur Nachschau vorzustellen, also die Impflinge von 23. Mai am 30. Mai nachmittags 8,15 Uhr vom 24. Mai am 31. Mai nachmittags 8,15 Uhr vom 25. Mai am 1. Juni nachmittags 8,15 Uhr vom 26. Mai am 2. Juni nachmittags 8,15 Uhr vom 27. Mai am 3. Juni nachmittags 8,15 Uhr vom 28. Mai am 4. Juni nachmittags 8,15 Uhr.

Impfpflichtig sind alle hier wohnhaften, im Jahre 1920 geborenen oder 1920 oder früher wegen Krankheit zurückgefallen oder ohne Erfolg geimpften, sowie diejenigen Kinder, die schon früher aus irgend einem anderen Grunde von der erstmaligen Impfung zurückgehalten worden sind.

Befreit von der Impfung sind die Kinder, die die natürlichen Mütter überstanden haben oder ohne Gefahr für ihr Leben oder ihre Gesundheit nicht geimpft werden können, oder im Geburtsjahre mit Erfolg geimpft worden sind.

Aus Häusern, in denen ansteckende Krankheiten herrschen, dürfen die Impflinge zu den öffentlichen Impfterminen nicht gebracht werden.

Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder, die ihre Kinder zu den öffentlichen Impfungen nicht bringen können, haben den Grund des Ausbleibens durch Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses nach der Impfung im Stadthaus — Zimmer 18 — nachzuweisen.

Die Kinder sind zur Impfung mit reinem gewaschenem Körper und mit reinen Kleidern vorzuführen.

Impfartz ist Herr Dr. med. Gaudlitz.

Aue, 18. Mai 1921.

Der Rat der Stadt, Polizei-Abteilung.

### Städtischer Kartoffelverkauf.

Freitag und Sonnabend, den 20. und 21. Mai 1921 werden gute, einwandfreie Speisefertigkartoffeln zum Preise von 46 Mark für den Zentner in unserer Kartoffelstelle, Albersoda-Straße 4 verkauft. Die Abgabe erfolgt nur in Mengen von ganzen Zentnern.

Aue, am 19. Mai 1921. Der Rat der Stadt.

**Alarm?** Wettiner Hof, Aue. **Wettiner Hof, Aue.** **Wettiner Hof, Aue.**

**Apollo-Lichtspiele Aue** Bahnhofstr. ALA Fernruf 768

Heute und folgende Tage (bis mit Sonntag) vollt täglich ab 5 Uhr nachmittags das große **Ufa-Brustfilmwerk** **„Anna Bolenn“**. Die Schicksals-Tragödie einer schönen Hofdame am Hofe König Heinrich VIII. von England. In den Hauptrollen: **Henny Borten u. E. Janings** welche ihre Rollen mit großer Dravour begleiten. Heute Donnerstag mit verstärktem Orchester. Als Zwischenpiel: **Der Liebeschüler**. Lustspiel in 3 Akten mit Leo Feufert l. d. Hauptrollen.

**Reines franz. Olivenöl prima Erdnußöl Sesamöl Speise-beinöl** liefert laufend zu den billigsten Tagespreisen von 10 kg. an aufwärts. **Fröhlich & Adler, G. m. b. H. Freiberg, Sa.** Speiseöl - Großhandlung und Importhaus. Rühriger Vertreter für Aue und Umgegend sofort gesucht.

**Ein Glasbrant und eine Bant** zu verkaufen. Zu erfragen Körnerstr. 11, 1. Et.

**DAS ADRESSBUCH** für den Bezirk d. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg **8 Städte: Aue, Eibenstock, Grünhain, Johannegeorgsstadt, Lösnitz, Neustädtel, Schneeburg, Schwarzenberg. 50 Landgemeinden, 35 Gutsbezirke** ist erschienen. Zum Preise von Mk. 40.- jederzeit vorrätig. **AUER DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT M. B. H., AUE I. ERZGEBIRGE.**

**Alarm** ist die sichere Einbruch- und Feuermelde-Anlage. Im Betriebe zu sehen am **Freitag, den 20. und Sonnabend, den 21. Mai im „Bürgergarten“**. Vergessen Sie die Befichtigung nicht, um eventl. dieselbe zu bestellen, denn in Kürze könnten Sie es vielleicht bereuen. **Mein-Ausführungsrecht: Kurt Kluge, Löbnitz i. Erzgeb.**

**la. Schweineschmalz** (Pure lard) Pfund 11.00 **Back- und Bratmargarine** Pfund 6.50 **ff. Tafelmargarine** von 7.50 an **Sardellenleberwurst** Pfund 14.00 **Speckwurst** Pfund 14.00 **Bauernbratwurst** Pfund 17.00 empfiehlt **Hermann Dietrich, Aue Marktgräßchen.**

**Ein hochelegantes Coupee** auf Gummi, sowie ein **Landauer** preiswert zu verkaufen. **Karl Teubner, Wagenbauerei** Schneberg, am Schichtthof.

**Alarm?** Freitag, den 20., 8 Uhr abend **Kaffee Georgi.**

**Kopfhärwasser** in großer Auswahl empfiehlt preiswert **Stern & Gauger** Höhe u. Verückensabrik, Aue Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

**Mädchen** von 12-13 Jahren bei **Adolf Sandig**, Bahnhofstr. 6, 2. Et.

**Dienstmädchen** welches sich zum Bedienen mit eignet, wird für sofort gesucht. **K. Liebscher** Bäcker und Kaffee Albersoda F. 26.

**Offerierte großes Lager** in Herren- u. Damenwäsche, Oberhemden, Sportheimden usw., sowie Leinen u. Baumwollwaren zu äußerst. Preisen. Für Wiederverkauf, günstig. **Otto Meier, Wäsche-fabrik, Steinpleis bei Werda.**

**46000 Zahl-Ledersohlen** (5 mm) können wir aus Reichbeständen zu sehr billigen, amtlichen Preisen liefern. Keine Spaltlederware. Für Schuhmacher und Private Postkollis für 12 Paar Befohlungen reichend 30.50 Mk. 25 61.00 **Leder-Industrie Böhnig, Reutöllu** bei Berlin, Gefach Nr. 37.

**Reisender!** Für hochwertige Thür. Dessert-Margarine in 1/2-Pfd.-Packungen, Thür. Molkerei-Tafelbutter (leichtere nach Aufhebung der Zwangswirtschaft) sowie Käse tüchtige Mehlkraft gegen hohe Provision sofort gesucht. **H. Bonitz, Gera-Reuß, Friedrichstraße 23.**

Der fran...  
das n...  
rungs...  
wird...  
barg...  
reim...  
obern...  
Die...  
In...  
etner...  
Regier...  
Niede...  
sich...  
minne...  
liche...  
nicht...  
sonder...  
legiqu...  
rung...  
legen...  
mehr...  
Berst...  
gesch...  
Seite...  
den, d...  
rungen...  
druck...  
Reich...  
mit...  
Beford...  
fordern...  
klar u...  
Entent...  
lungen...  
uns n...  
langt...  
und l...  
nen d...  
der m...  
uns d...  
nur el...  
die B...  
ruhen...  
terial...  
fann...  
den ge...  
Berh...  
Zimm...  
Ratt...  
zu ein...  
in Bat...  
hes un...  
im Wa...  
h...  
De...  
einer...  
r i ch...  
sen der...  
gültig...  
über d...  
schen...  
Spiel...  
müsse...  
den, d...  
fassung...  
rige...  
reispont...  
Die ga...  
einge...  
des Be...  
threr...  
noch...  
ersch...  
ein e...  
noch...